

# Tornado-Nachfolge–Kauf nuklearer Trägersysteme für Deutschland?

Entscheidungsprozess und Kontext



## ICAN-Hintergrund

# Tornado-Nachfolge – Kauf nuklearer Trägersysteme für Deutschland?

## Entscheidungsprozess und Kontext

Johannes Mikeska  
Oktober 2020

Die Tornado-Kampfflugzeuge der Bundeswehr sollen ersetzt werden. Das Bundesverteidigungsministerium treibt in diesem Zuge auch den Kauf von atomwaffenfähigen Kampffjets voran. Die Möglichkeit eines Einsatzes der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen könnte dadurch für weitere Jahrzehnte festgeschrieben werden. Die nuklearen Fähigkeiten würden in diesem Zuge erweitert werden, denn gleichzeitig ist die Modernisierung der US-amerikanischen Atombomben vorgesehen. Die Entscheidung über die Tornado-Nachfolge kann zu einer überaus kostspieligen nuklearen Aufrüstung mit fraglichem Nutzen führen.

1– Der Spiegel: Kramp-Karrenbauer sagt Washington Kauf von US-Kampffjets zu <https://bit.ly/3cRGOhW>

2– Der Spiegel: Kampffjets für die Bundeswehr, Truppentransporter für Olaf Scholz <https://bit.ly/3bHFSwb>

3– FAZ: Kramp-Karrenbauer: Entscheidung über Tornado-Nachfolger noch vor Ostern <https://bit.ly/2VGY6IG>

4– SPD-Fraktion im Bundestag: Sicherheit durch Dialog, Transparenz und Vertrauen <https://bit.ly/3g4sp3S>

Laut Pressemeldungen vom 19.4.2020 hat die Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer in einer Mail an ihren US-amerikanischen Kollegen Mark Esper die Beschaffung von 45 F-18-Kampfflugzeugen des US-amerikanischen Herstellers Boeing zugesichert.<sup>1</sup> Laut Pressemeldungen vom 21.04.2020 wurde die Planung des BMVg von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer abgesegnet und innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Es sollen nunmehr 93 Eurofighter und 45 F-18 beschafft werden.<sup>2</sup> Am 26.03.2020 waren zunächst interne Planungen des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) über die Tornado-Nachfolge bekannt geworden.<sup>3</sup>

Während sich die SPD-Bundestagsfraktion Anfang März in einem Positionspapier „für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der nuklearen Teilhabe und der damit zusammenhängenden Entscheidung, welches Nachfolgesystem für den Tornado in Frage kommt“<sup>4</sup> ausgesprochen hat, forcierte die CDU-Verteidigungsministerin mit ihrem Vorgehen eine schnelle Entscheidung,

obwohl – oder gerade weil – die Vorbehalte gegen den Kauf von US-Kampffjets in der SPD bekannt sind. Eine vorherige Abstimmung zwischen den Koalitionsfraktionen gab es im Vorfeld nicht. Auch der Verteidigungsausschuss wurde offiziell erst am 22.04.2020 von der Verteidigungsministerin über das Vorhaben informiert.

Mittlerweile ist an der Frage der Tornado-Nachfolge eine öffentliche Debatte um die künftige Rolle Deutschlands in Rahmen der nukleare Teilhabe entbrannt. Die SPD zeigt sich dabei gespalten. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich sprach sich für eine Neubewertung der nuklearen Teilhabe und einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland aus. Für diesen Kurs bekam er auch Unterstützung der beiden Parteivorsitzenden. Die CDU/CSU befürwortet hingegen den Kauf neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge. Die Union kann dabei auch auf Unterstützung aus den Reihen der SPD-Minister zählen. So hat sich z.B. Bundesaußenminister Maas ebenfalls für die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe ausgesprochen. Einige der sozialdemokratischen Mitglieder des Verteidigungsausschusses plädieren offen für die Beschaffung neuer nuklearwaffenfähiger Waffensysteme.

5– Zur NATO siehe FAZ: Die Nato kann früher mit Atomschlägen drohen <https://bit.ly/369cnUl>

Die Debatte um die Tornado-Nachfolge wird auch befeuert durch Meldungen, dass die USA und mit ihr die NATO das bisherige Konzept der nuklearen Abschreckung verändert haben.<sup>5</sup> Demnach steht zu befürchten, dass eine Einführung neuer, auch nuklear bestückbarer Waffensysteme wahrscheinlicher wird und zudem die in Europa stationierten Atomwaffen und ihre Trägersysteme in den Einsatzkonzepten der NATO eine Renaissance erfahren haben.

Eine finale parlamentarische Entscheidung über neue atomwaffenfähige Kampfflugzeuge steht noch aus und könnte sich in die kommende Legislaturperiode verschieben. Sofern sich jedoch Kaufverhandlungen mit Boeing konkretisieren, gar Vorverträge geschlossen werden, könnte der politische Handlungsspielraum des neuen Bundestages – der Budgethoheit des Parlaments zum Trotz – deutlich eingeschränkt sein.

## Hintergrund

Die Bundeswehr verfügt über ca. 90 Tornados mit verschiedenen Ausstattungen. Sie nehmen, neben ihrer Funktion als Jagdbomber, auch Aufgaben im Bereich der Aufklärung und der elektronischen Kampfführung wahr. Hinzu kommt die Sonderrolle bei der nuklearen Teilhabe. Der Tornado dient als nukleares Trägersystem für die in Büchel stationierten US-Atombomben. Diese Rolle wird von einem Teil der 46 Tornados des Taktischen Luftwaffengeschwaders 33<sup>6</sup> übernommen.

6– Bundeswehr: Taktisches Luftwaffengeschwader 33 <https://bit.ly/2Y71qyj>

7– Bundeswehr: Das Mehrzweckkampfflugzeug PA-200 Tornado <https://bit.ly/2yO71yS>

8– 10. Bericht des BMVg zu Rüstungsangelegenheiten, Teil 1, Dezember 2019, S. 73 <https://bit.ly/36g8xJ3>

Erstflug eines Tornados war 1974. Der letzte Tornado kam 1992 zur Bundeswehr.<sup>7</sup> Es gibt seit geraumer Zeit die Bestrebung, die Tornados ab 2025 durch ein Nachfolgemodell zu ersetzen. „Ende vergangenen Jahres wurde durch das BMVg das Ende der Nutzungsdauer

**ICAN Deutschland** 9– 11. Bericht des BMVg zu  
**Oktober 2020** Rüstungsangelegenheiten,  
Teil 1, Juni 2020, S. 73  
<https://bit.ly/36lgNri>

**Tornado-Nachfolge** 10– Merkur: Verheerende  
**Johannes Mikeska** Lage bei der Bundeswehr?  
Linke-Politiker macht haar-  
sträubende Zahl publik  
<https://bit.ly/2y29aHm>

noch mit „spätestens 2035“ angegeben.<sup>8</sup> Nunmehr plant die Bundeswehr mit einer Nutzung der verbliebenen Tornados bis 2030.<sup>9</sup>

Die Einsatzbereitschaft der Strahlflugzeuge im Bestand der Bundeswehr ist seit Jahren im niedrigen Bereich. Von den Tornados sind durchschnittlich weniger als ein Viertel nutzbar. Im Vergleich dazu ist die Einsatzbereitschaft der Eurofighter noch geringer: Von den 140 Eurofightern im Bestand der Bundeswehr waren laut Angaben des Linken-Verteidigungspolitikers Tobias Pflüger teilweise nur um die zehn Flugzeuge einsatzbereit.<sup>10</sup>

### **Vorläufige Planungen im Einzelnen**

Die Pläne sehen nach jetzigem Stand Folgendes vor: Es sollen zwei verschiedene Versionen der F-18 des US-Herstellers Boeing sowie weitere Eurofighter für die Luftwaffe beschafft werden. Für die Sonderrolle der nuklearen Teilhabe sind 30 F-18 der Version Super Hornet vorgesehen. Die Super Hornet basiert auf einer umfassenden Weiterentwicklung der F-18 Hornet in den 90er Jahren. Erstflug der Hornet war bereits 1978. Die Super Hornets werden vor allem von der US Navy betrieben. Außerdem wurden Super Hornets bislang an Australien und Kuwait verkauft.

Die Aufgaben im Bereich der elektronischen Kampfführung sollen künftig durch 15 EA-18 Growler übernommen werden. Nach den Plänen der Luftwaffe würde dieser speziellen F-18 Version während eines Einsatzes im feindlichen Luftraum die Rolle zukommen, gegnerische Radarstellungen zu stören und – ggf. im Verbund mit weiteren Kampfflugzeugen – zu bekämpfen. Sollten Atombomben eingesetzt werden, ist die Unterstützung durch Flugzeuge, die für den elektronischen Kampf ausgerüstet sind, praktisch unverzichtbar.

Einige der australischen Super Hornets wurden nachträglich als Growler ausgerüstet. Die Ausstattung einer F-18 kann also grundsätzlich verändert werden. Wie aufwändig dies ist, liegt u.a. daran, wie die Flugzeuge ausgeliefert werden und z.B. schon die für eine zusätzliche elektronische Ausstattung notwendige Verkabelung installiert wurde. Nicht ausgeschlossen ist jedenfalls, dass die EA-18G künftig umgerüstet und dann selbst atomar bewaffnet werden können.

Es sollen zudem weitere 93 Eurofighter beschafft werden. Die nun bekannt gewordene Planung sieht vor, dass die Eurofighter der Tranche 1 (33 Stück) durch modernere Versionen des Eurofighter ersetzt werden. Die Rolle des Jagdbombers kann nach zwischenzeitlichen Weiterentwicklungen auch der eigentlich als Abfangjäger konstruierte Eurofighter wahrnehmen. Die zu ersetzenden Eurofighter sind erst im Zeitraum 2004-2008 zur Bundeswehr gekommen. Unklar ist aber noch, wann diese tatsächlich ersetzt werden sollen.

## Kostenabschätzung

### Tornado-Nachfolge Johannes Mikeska

11– Stiftung Lilienberg: Herausforderung neues Kampfflugzeug für die Schweiz, Positionspapier vom 15.06.2018 mit Berechnungsbeispielen, Tabelle S.7. Bei der Umrechnung in US\$ wurde offensichtlich der Faktor 1 verwendet. <https://bit.ly/2Deb6yw>

12– The Age: Government clears Super Hornets deal <https://bit.ly/3i2jiRg>

13– Tagesschau: Wird der „Eurofighter“ deutlich teurer? <https://bit.ly/2YdGO7F>

14– SOFREP/B. Odom: Why Sloppy Accounting Is Destroying the US Fighter Inventory <https://bit.ly/36333kH>

15– BMVg: Kostentransparenz beim Eurofighter herstellen <https://bit.ly/2zud9g8>

16– Tagesschau: Wird der „Eurofighter“ deutlich teurer? <https://bit.ly/2YdGO7F>

Die Beschaffungskosten gehen in die Milliarden. Der sog. Systempreis der F-18 Super Hornet wurde in der Vergangenheit auf bis zu 275 Millionen US-Dollar geschätzt.<sup>11</sup> Dieser Preis beruht auf Grundlage der Kosten für das australische Beschaffungspaket von 24 Super Hornets im Jahr 2007, das bereits Kosten für die Einführung und eine Sicherstellung des Betriebs für zunächst 10 Jahre umfasste. Die Kosten des für die Berechnung zugrundeliegenden Pakets beliefen sich auf 6,6 Mrd. AU\$.<sup>12</sup> Hochgerechnet auf 30 Super Hornets könnte ein deutsches Beschaffungspaket auf fast 8 Mrd. US-Dollar kommen. Dieser Preis würde eine grundlegende Bewaffnung und die notwendigen Trainingsmittel sowie bestimmte Wartungsarbeiten mitumfassen. Er spiegelt aber nicht die insgesamt anfallenden Kosten über einen kompletten Nutzungszeitraum von ca. 30 Jahren wider.

Eine zusätzliche Beschaffung der EA-18 Growler dürfte die Kosten nochmals deutlich erhöhen. Bei der Growler handelt es sich um eine speziell für den elektronischen Kampf ausgestattete F-18. So kostete die Zusatzausstattung für 12 Super Hornets Australiens im Jahr 2012 noch zusätzlich ca. 1 Milliarde US-Dollar.<sup>13</sup> Die komplexe Technologie hebt also den Preis. Zusammengerechnet könnte ein Paket aus 15 EA-18 Growler bis zu 5,5 Milliarden US-Dollar kosten.

Deutschland wäre in Europa der einzige Nutzerstaat von Super Hornet bzw. Growler. Die Bundeswehr verfügt bislang nicht über die zum Betrieb dieses Flugzeugtyps notwendige Infrastruktur. Diese muss erst aufgebaut werden. Zudem fehlen Trainingsmittel, z.B. Simulatoren, für die Pilotenausbildung. Dadurch fiel ein Systempreis, der alle Kosten einer anfänglichen Beschaffungsentscheidung der F-18 berücksichtigt, entsprechend höher aus. Die Stückpreise bzw. fly-away-Kosten einer Super Hornet bzw. Growler ohne jegliche Zusatzkosten wären demgegenüber wesentlich niedriger, haben aber auch weniger Aussagekraft. Für eine „blanke“ Super Hornet der Version F/A-18F wird auch ein Stückpreis von 65 Mio. US-Dollar genannt.<sup>14</sup>

Die Kosten für die 93 Eurofighter werden allein aufgrund der Stückzahl enorm ausfallen. Der Eurofighter gilt ohnehin schon als das teuerste deutsche Rüstungsvorhaben.<sup>15</sup> Die vom Bundestag ursprünglich bewilligten 14,7 Milliarden Euro für die Beschaffung von 180 Flugzeugen reichten nur für 108 Stück.<sup>16</sup> Wird für die Beschaffung von Eurofightern der neuesten Generation der bisherige Stückpreis von 130 Millionen Euro angenommen, werden die Kosten für 93 Eurofighter bei ca. 12 Milliarden Euro liegen – allein für die Anschaffung der Flugzeuge. Hinzu kämen weitere Kosten, die hier nicht weiter berücksichtigt werden – etwa für Ausstattung und Bewaffnung. Über die notwendigen Trainingsmittel dürfte die Bundeswehr beim Eurofighter schon verfügen.

Rechnet man die genannten Kosten auf Euro um und addiert diese, ergibt sich für die angedachte Beschaffung der 138 Flugzeuge eine Gesamtsumme von zusammengenommen fast 25 Milliarden Euro. Dabei beruht die Schätzung auf Beschaffungsentscheidungen, die mehrere Jahre zurückliegen und die allgemeine Preisentwicklung außen vorlassen.

**Tabelle 1**

	Stückzahl	Kosten in €
Eurofighter	93	ca. 12 Mrd.
F-18 Super Hornet	30	ca. 7,5 Mrd.
EA-18 Growler	15	ca. 5 Mrd.
<b>Summe</b>	<b>138</b>	<b>ca. 24,5 Mrd.</b>

Die tatsächlichen Kosten der Entscheidung sollten jedoch nicht nur anhand eines anfänglichen Beschaffungspakets bemessen werden. Zumal diese Kosten im Vorfeld einer Beschaffung oft zu niedrig angesetzt werden. Entscheidender sind vielmehr die Gesamtkosten über den Lebenszyklus des Kampfflugzeuges. Diese Kosten können einmal beispielhaft für die 93 Eurofighter abgeschätzt werden.

17– Flight Global: UK looks to extend Eurofighter Typhoon's fatigue life <https://bit.ly/3bK2ADZ>

18– Flight Global: UK looks to extend Eurofighter Typhoon's fatigue life <https://bit.ly/3bK2ADZ>

19– BITS/A. Flocken: Tornado-Flugzeugabsturz <https://bit.ly/3csr4Tm>

20– NDR: Eurofighter: Transparente Aufklärung ist notwendig <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Eurofighter-Transparente-Aufklaerung-ist-notwendig,eurofighter204.html> (zuletzt abgerufen 28.04.2020, nun nicht mehr abrufbar).

Zu den Kosten pro Flugstunde auch Der Standard: Eine Stunde im Eurofighter um 100.000 Euro <https://bit.ly/33Uh9IR>

21 –BMVg: Kostentransparenz beim Eurofighter herstellen <https://bit.ly/2zud9g8>

22 –Ibid.

23–Stiftung Lillienberg: Herausforderung neues Kampfflugzeug für die Schweiz , Positionspapier vom 15.06.2018 mit Berechnungsbeispielen, S.8 <https://bit.ly/2Deb6yw>

Die Flugzelle des Eurofighter, als wesentlicher Bestandteil des Flugzeugs, ist für mindestens 6000 Flugstunden ausgelegt.<sup>17</sup> Bereits 2010 lagen die Kosten einer Flugstunde mit dem Eurofighter bei ca. 74.000 Euro und damit fast doppelt so hoch wie beim Tornado mit 43.000 Euro pro Flugstunde.<sup>18</sup> 2014 lagen die Kosten dann schon bei 80.000 Euro.<sup>19</sup> Mittlerweile werden die Kosten für eine Flugstunde mit dem Eurofighter um die 100.000 Euro beziffert.<sup>20</sup>

**Tabelle 2**

	Anzahl	Flugstunden (Flugzeug)	Flugstunden (Flotte)	Kosten in € (pro Flugst.)	Kosten in € (bis Ende Lebens dauer)
Eurofighter	93	6000	558.000	0,1 Million	55,8 Mrd.

Laut früheren Angaben des Bundesrechnungshofs plante die Bundeswehr für 140 Eurofighter ab 2020 jährlich mit 28 400 Flugstunden.<sup>21</sup> Bei dieser Nutzungsintensität von durchschnittlich ca. 200 Flugstunden pro Flugzeug und Jahr ergibt sich eine angestrebte Nutzungsdauer von ca. 30 Jahren. Bei einem Zulauf der gewünschten Flugzeuge zwischen 2025 und 2030 ist mit einer Nutzungsdauer bis mindestens 2050-2060 zu rechnen.

Die sog. Lebenswegkosten der 140 Eurofighter schätzte der Bundesrechnungshof im Jahresbericht 2013 auf etwa 60 Milliarden Euro<sup>22</sup> Insofern ist wenig verwunderlich, dass die Gesamtkosten über die komplette Nutzungsdauer inkl. Kosten für Wartung, Treibstoff und weiteren Upgrades/Anpassungen generell mehr als das 4-fache der

Beschaffungskosten ausmachen können.<sup>23</sup> Als Gesamtkosten der geplanten Beschaffung von 138 Flugzeugen stehen auf Grundlage dieser Schätzung Kosten in Höhe von 100 Milliarden Euro im Raum.

### **Rüstungspolitische Dimension**

Angesichts solcher Ausgaben haben sowohl die US-amerikanischen als auch die europäischen Rüstungsindustrien großes Interesse an einem Geschäftsabschluss, denn es dürfte sich um die größte Beschaffungsentscheidung für Jahrzehnte handeln. Die bisherige Planung versucht einen schmerzhaften Spagat.

In Deutschland haben sich verschiedene Interessengruppen massiv für einen Großauftrag an Airbus eingesetzt. Ein Kauf soll nach den Vorstellungen der europäischen Hersteller auch dazu beitragen, die heimische Rüstungsindustrie zu stärken. So wurde bereits früh im Entscheidungsprozess klar, dass die Tornados zu einem großen Teil durch Eurofighter ersetzt werden dürften. Die Planung, nun gar 93 Eurofighter beschaffen zu wollen und damit eine Beschaffung zum Ersatz der Eurofighter Tranche 1 vorzuziehen, kommt der heimischen und europäischen Rüstungsindustrie entgegen. Ein Ersatz zum jetzigen Zeitpunkt hätte bislang nicht notwendigerweise angegangen werden müssen, da er bei üblicher Nutzung frühestens in 15 Jahren – nach 30 Jahren Betriebsdauer – ansteht. Bei normalem Lauf der Dinge reicht die Lebensdauer der ersten Eurofighter-Generation, die zwischen 2004 und 2008 in die Bestände der Bundeswehr gekommen ist, also bis ca. 2035.

Die bisherigen Fähigkeiten (u.a. Aufklärung, nukleare Rolle, elektronischer Kampf) würden nach den Plänen im Grundsatz aufrechterhalten bzw. ausgebaut werden. Die in der Vergangenheit gemachten Zusicherungen gegenüber der NATO könnten damit erfüllt werden. Auch die Entwicklung eines neuen europäischen Kampfflugzeugs, d.h. das Projekt eines *Future Combat Air System* (FCAS) unter deutsch-französischer Führung, würde nicht behindert werden. Aus der Perspektive der deutsch-französischen Rüstungsstrategen könnte die Beschaffung der F-18 gerade noch als Zwischenlösung erscheinen, bis FCAS Realität wird.

Eine Beschaffung des moderneren Kampfflugzeuges F-35 des US-Herstellers Lockheed Martin wäre hingegen eine große Gefahr für das FCAS-Projekt gewesen. Eine Entscheidung für die EA-18 Growler dürfte aber dennoch auf Kritik stoßen, denn dadurch wird der Bedarf gebremst, europäische Fähigkeiten bei der elektronischen Kampfführung zu entwickeln.

Alle anderen Staaten, die ebenfalls die technische nukleare Teilhabe, d.h. die Bereitstellung eigener atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge für die auf ihrem Hoheitsgebiet stationierten US-amerikanischen Atombomben, verfolgen (Italien, Niederlande, Belgien, Türkei), hatten sich bereits für die Beschaffung der F-35 als Ersatz ihrer Tornados bzw. F-16 entschieden. Aus diesen vier Teilhabestaaten gingen insgesamt fast 300 Bestellungen bei US-Hersteller Lockheed Martin

ein. Ein deutscher Großauftrag hätte die Erfolgsaussichten für ein neues europäisches Kampfflugzeug deutlich geschmälert. Der deutsche Weg, der nun vorgezeichnet scheint, nimmt gegenüber den anderen Teilhabestaaten nun eine Sonderstellung ein. Gleichzeitig würde die Entscheidung auch eine Abkehr von der bisherigen Praxis der Bereitstellung eines europäischen Kampfflugzeuges für die nukleare Teilhabe darstellen.

Allerdings wäre die Beschaffung eines nuklearen Trägersystems aus US-Produktion auch nicht ohne Präzedenz. Der F-104 Starfighter kam in den 1960er in die Bestände der Bundeswehr und war über Jahrzehnte Bestandteil der nuklearen Teilhabe durch Deutschland. Die Beschaffungsentscheidung der F-104 unter dem damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß als auch der jahrelange Betrieb des Flugzeugs wurde von allerhand Skandalen begleitet.

Eine Beschaffung der F-18, bei der nun mit Boeing wieder ein US-amerikanischer Hersteller zum Zuge kommt, erscheint nun als ein Entgegenkommen an die amerikanischen Verbündeten. Unverhohlen waren die Forderungen von US-Präsident Trump, dass Europa und Deutschland doch grundsätzlich mehr in den USA shoppen sollen. Immer wieder wurden das Handelsbilanzdefizit und die deutschen Überschüsse gegenüber den USA angemahnt. Hinzu kommt, dass seit Jahren die Rüstungsausgaben Deutschlands von den US-Verbündeten als zu gering betrachtet werden und nicht die innerhalb der NATO anvisierten 2% des Bruttoinlandsprodukts aufweisen. Fast jedes dritte neue Flugzeug soll nun von einem US-Hersteller kommen. Es liegt daher nahe, dass der Kauf neuer Kampfflugzeuge auch zu einer Entspannung der Beziehungen zu den US-amerikanischen Verbündeten beitragen soll.

Die Benachrichtigung der US-Seite durch das CDU-geführte Verteidigungsministerium über die Planungen zur Tornado-Nachfolge haben jedoch nicht dazu geführt, die Wogen im transatlantischen Verhältnis zu glätten. So wurde die Bundesregierung Anfang Juni durch Pressemeldungen überrascht, dass der Abzug ca. eines Drittels der in Deutschland stationierten US-Truppen geplant sei.<sup>24</sup> Diese Meldungen wurden mittlerweile durch Washington bestätigt.

Es gibt jedoch weiteren Grund zu Sorge: Die Streitigkeiten über Nord Stream 2, der direkten Unterwasser-Gasleitung von Russland nach Deutschland, könnten auch auf die sicherheitspolitische Kooperation übergreifen. Die US-Seite hat im Rahmen der Auseinandersetzung um die Pipeline bereits Sanktionen eingeführt und diese u.a. mit eigenen, nationalen Sicherheitsinteressen begründet.<sup>25</sup>

Wozu sicherheitspolitische Spannungen im Bündnis führen können, zeigt ein anderes Beispiel. Dem NATO-Mitgliedsstaat Türkei stornierte die US-Administration im vergangenen Jahr die Lieferung der bestellten über 100 Kampfflugzeuge vom Typ F-35. Die Türkei war immerhin eine der Partnernationen beim sogenannte F-35 *Joint Strike Fighter Programm* und sowohl bei der Finanzierung als

24– The Wall Street Journal: Trump to Pull Thousands of U.S. Troops From Germany <https://on.wsj.com/2G2OKBF>

25–US Department of State: CAATSA Section 232 Guidance <https://bit.ly/36gms1R>



26– Politico: White House kicks Turkey out of fighter jet project <https://politico.com/32YqHNp>

auch der Produktion des von Lockheed Martin gebauten Kampffjets beteiligt. Auch für diese US-Entscheidung waren Sicherheitsbedenken die Begründung, nachdem die Türkei neue Flugabwehrsysteme vom Typ S-400 in Russland bestellt hatte – und nicht wie erhofft in den USA.<sup>26</sup>

### Bündnispolitische Dimension

27–Siehe hierzu ICAN: 60 Jahre nukleare Teilhabe <https://bit.ly/3f06jiN>

Mit der nuklearen Teilhabe und den damit einhergehenden politischen Zusagen an die Bündnispartner hat die US-Administration Möglichkeiten, auf die Auswahlentscheidung eines Tornado-Nachfolgeflugzeugs einzuwirken. Die nukleare Teilhabe ist dabei schon seit Jahrzehnten ein Bestandteil des Abschreckungskonzepts der NATO.<sup>27</sup> Nachdem sie aber zwischenzeitlich an Bedeutung für das Bündnis verloren hat, zeigt sich die NATO nunmehr bemüht, ihr neues Gewicht beizumessen.

28–NATO: Strategic Concept 2010 <https://bit.ly/3iZ6wEz>

Im 2010 veröffentlichten Strategischen Konzept der NATO blieben die in Europa stationierten nicht-strategischen US-Atomwaffen unerwähnt.<sup>28</sup> Dies galt auch noch für das Abschlussdokument des NATO-Gipfeltreffens in Wales im September 2014 – also selbst nach der Krimkrise. Eine Rolle im Rahmen der NATO-Abschreckung wurde insbesondere den strategischen US-Atomwaffen und – davon unabhängig – den Nuklearstreitkräften Frankreichs und Großbritanniens zugesprochen.

29–Wie solche Konzepte der nuklearen Teilhabe ohne eine Präsenz von US-Atomwaffen in Europa aussehen könnte, wird unter anderen hier beschrieben: Kamp/Remkes: Options for NATO Nuclear Sharing Arrangements <https://bit.ly/307zjzs>

Im *Deterrence and Defence Posture Review* 2012 wurde auch der Wille des Bündnisses deutlich, nicht-strategische Atomwaffen weiter abzurüsten. Zudem sollten Konzepte entwickelt werden, die es den Bündnisstaaten ohne eigene Atomwaffen ermöglichen, weiterhin an der nuklearen Teilhabe mitzuwirken, selbst wenn es zu einem Abzug der US-Atombomben aus Europa kommen sollte.<sup>29</sup>

Im Abschluss-Communiqué der Staats- und Regierungschefs zum NATO-Gipfel in Warschau 2016 spielte dann eine „volle Bandbreite von Fähigkeiten“ und auch die (technische) nukleare Teilhabe wieder eine Rolle: „Die nukleare Abschreckung der NATO stützt sich zum Teil auch auf die in Europa stationierten US-Atomwaffen sowie auf die Fähigkeiten und Infrastruktur, die von den betreffenden Bündnispartnern bereitgestellt werden.“ Im Abschluss-Communiqué 2018 wurde das „zum Teil“ dann gestrichen.

30–FAZ: Die Nato kann früher mit Atomschlägen drohen <https://bit.ly/303ouyh>

Das Abschreckungskonzept der NATO hat sich nach einem jüngsten Bericht der FAZ jedoch nochmals deutlich verändert.<sup>30</sup> So sollen 2018 und 2020 auch neue Dokumente zur Nuklearstrategie verabschiedet worden sein. Diese sind jedoch allesamt als ‚Geheim‘ eingestuft. Die Dokumente zeugen, so legt der FAZ-Bericht nahe, von Bestrebungen, Nuklearschläge künftig im gesamten Spektrum möglicher Einsatzszenarien führen zu können. Statt weiterhin auf die sogenannten strategischen Waffensysteme zu setzen, kommt den nicht-/sub-strategischen Atomwaffen und den verschiedenen

Trägersystemen in Europa eine nochmals deutlich größere Rolle zu.

So will sich die NATO auch eine Option auf landgestützte Mittelstreckensysteme, die vormals nach dem INF-Vertrag verboten waren, zumindest offenhalten – inkl. deren potentielle Ausstattung mit nuklearen Sprengköpfen. Eine Stationierung in Europa wurde bislang zwar von verschiedenen europäischen NATO-Staaten offen abgelehnt. Bereits wenige Tage nach dem Ende des INF-Vertrags testeten aber die USA bereits einen Marschflugkörper in der zuvor verbotenen Reichweite.<sup>31</sup> Die Entwicklung neuer ballistischer Raketen mittlerer Reichweite findet derzeit ebenfalls statt.<sup>32</sup> Dies lässt die Sorge wachsen, dass diese ehemals verbotenen Systeme wieder zurück in die NATO-Arsenale und damit nach Europa kommen könnten.

31– Reuters: US tests first ground-launched cruise missile after INF treaty exit <https://reut.rs/2HtGT0M>

32– Arms Control Association/K. Reif: U.S. Continues Intermediate-Range Missile Pursuit <https://bit.ly/362CAmj>

33– Die geringste wählbare Sprengkraft der B61-12 liegt zwischen dem 30-fachen der größten konventionellen Bombe (ca. 10 Tonnen TNT-Äquivalent) und dem ca. 4-fachen der Hiroshima-Bombe (ca. 15 kT TNT-Äquivalent).

34– Hierzu Das Blättchen/O. Nassauer: Die Nukleare Teilhabe in der NATO – wird Europa ausgetrickst? <https://bit.ly/3dgRV3Z>

35– Die neue russische Nukleardoktrin, die im Juni 2020 veröffentlicht wurde, sieht dies ebenfalls vor. <https://bit.ly/3dgRV3Z>

Die Systeme könnten künftig zudem mit Atomsprengköpfen mit geringer und variabler Sprengkraft ausgestattet werden.<sup>33</sup> Die Weiterentwicklung solcher Sprengköpfe durch die USA läuft bereits seit geraumer Zeit. Ein Sprengkopf mit reduzierter Sprengkraft wurde bereits für eine U-Boot-gestützte ballistische Rakete entwickelt und eingeführt.<sup>34</sup>

Die Änderungen im Abschreckungskonzept der NATO lehnen sich dabei offenbar an die neueste US-Nukleardoktrin (Nuclear Posture Review 2018) an, welche Nuklearschläge auch als eine mögliche Antwort auf konventionelle oder hybride Angriffe vorsieht.<sup>35</sup> Atomwaffen sollen also auch in solchen Szenarien bzw. Konfliktsituationen eine Option sein, die sich unterhalb der nuklearen Schwelle bewegen. Dadurch wird eine Abschreckung verfolgt, in der auch eine Bereitschaft zum Ersteinsatz von Atomwaffen signalisiert wird. 2018 führte die Veröffentlichung der *Nuclear Posture Review* noch zu kritischen Stellungnahmen aus verschiedenen Bündnisstaaten. Die Rolle von nicht-strategischen Atomwaffen in den Konzepten der NATO wurde nunmehr aber wohl insgesamt durch das Bündnis erweitert, statt – wie in der Vergangenheit angestrebt – beschränkt. Die Bündnispartner tragen die vormals kritisierte US-Doktrin nun in wesentlichen Punkten implizit mit – den damit verbundenen Gefahren zum Trotz.

Die Einführung neuer Systeme mit geringer Sprengkraft wirken dabei hochgradig destabilisierend. Sie gelten als Waffen, die gleich zu Beginn eines militärischen Konflikts eingesetzt werden können. Nur durch eine Erweiterung der nuklearen Optionen, so offensichtlich der Glaube der Militärplaner, kann Abschreckung gewährleistet werden.

Die Grenze zwischen nuklearen und konventionellen Systemen droht jedoch zu verwischen. Zunächst ist nicht klar, welche Systeme im Ernstfall welche Sprengköpfe tragen. Die vermeintlich geringe Sprengkraft, die mit schätzungsweise 300 Tonnen TNT-Äquivalent immer noch ca. das 30-fache der größten konventionellen Bombe ausmachen, suggerieren zudem die Möglichkeit eines Einsatzes

mit vermeintlich geringen Auswirkungen. Durch die neuen Sprengköpfe sinkt die Hemmschwelle, im Falle einer Krise tatsächlich von der nuklearen Option Gebrauch zu machen – trotz der besonderen radiologischen Konsequenzen von allen atomaren Explosionen. Gleichzeitig werden Anreize für die anderen nuklear bewaffneten Staaten gesetzt, ebenfalls ihre nuklearen Einsatzoptionen zu erweitern. Die nuklearen Rüstungswettläufe werden durch neue, modernisierte Sprengköpfe und Trägersysteme befeuert und die Gefahr einer nuklearen Eskalation steigt weiter an.

### Zertifizierung des Tornado-Nachfolgers

Mit der nuklearen Teilhabe hat die US-Administration einen wirksamen Hebel, um die Bundesregierung zu einem Kauf Made in USA anzuhalten. Denn damit Deutschland die nukleare Teilhabe in der jetzigen Form aufrechterhalten kann, muss der Tornado-Nachfolger für die US-amerikanischen B61-Atombomben zertifiziert sein. Das heißt, das Nachfolgeflugzeug muss die notwendige technische Beschaffenheit haben und dabei alle Vorgaben aus Washington erfüllen, um tatsächlich für den Einsatz der US-Atomwaffen zugelassen zu werden.

Zwar hat der europäische Konzern Airbus zwischenzeitlich damit geworben, dass eine Zertifizierung des Eurofighters für die nukleare Rolle möglich sei. Praktisch war dies aber nie eine wirkliche Möglichkeit. So gab es schon im Rahmen einer belgischen Beschaffung die Ankündigung der europäischen Flugzeugbauer Saab bzw. Dassault, aus dem Bieterwettbewerb auszusteigen, sofern eine nukleare Rolle in das gesuchte Fähigkeitsprofil aufgenommen würde.<sup>36</sup> Dort, wie auch in den weiteren Teilhabestaaten, zeigte sich, wie die nukleare Teilhabe als eine von den USA steuerbare Marktschranke genutzt wird.

36– Fondation pour la Recherche Stratégique/E. Maître: Nato, the F35 and European Nuclear Dilemmas, mit weiteren Nachweisen <https://bit.ly/3eVYTx2>

Mit einer rundherum positiven Antwort der amerikanischen Verbündeten auf eine Frage nach der Zertifizierung des Eurofighter war daher auch kaum zu rechnen. Eine solche Zertifizierungs(vor)anfrage gab es laut Presseberichten zwar.<sup>37</sup> Die Antwort darauf wurde jedoch nicht öffentlich gemacht.

37– Reuters: Germany presses U.S. on potential Eurofighter nuclear role <https://reut.rs/2SrZKvZ>

Bereits für eine Zertifizierung vorgesehen ist die F-35 von Lockheed Martin. Die ebenfalls zunächst für eine Tornado-Nachfolge betrachtete F-15E Strike Eagle hat mittlerweile wichtige Schritte zur Waffenintegration der B61-12 absolviert.<sup>38</sup> Der schnelle Ausschluss der F-35 im deutschen Auswahlprozess kann nicht allein mit dem deutsch-französischen FCAS-Projekt erklärt werden, sondern auch als ein Versuch betrachtet werden, den Eurofighter noch länger im Rennen um die vollständige Nachfolge der knapp 90 zu ersetzenden Tornados zu behalten. Gleiches gilt auch für den Ausschluss der F-15E von Boeing. Denn mit der weiterentwickelten F-18 stand der Eurofighter zuletzt einem Flugzeug gegenüber, das ebenfalls noch einer vollständigen Zertifizierung bedarf. So war die F-18 auch nicht im Rahmen des B61-12-Projekts als Trägersystem vorgesehen.

38– Defensenews: F-15E becomes first aircraft compatible with new nuclear bomb design <https://bit.ly/2G1WJiy>

Die jetzige Entscheidung des CDU-geführten BMVg macht deutlich, dass Washington mittlerweile signalisiert hat, dass eine Zertifizierung des Eurofighters nicht oder nur nach langer Wartezeit in Betracht kommt. Die Beschaffung eines europäischen Kampfflugzeugs für eine nukleare Rolle scheint damit ausgeschlossen, denn eine solche kann die nahtlose Aufrechterhaltung der nuklearen Fähigkeiten nicht gewährleisten.

Aufgrund der nuklearen Teilhabe steht die Bundesregierung schon seit Beginn des Entscheidungsprozesses um die Tornado-Nachfolge unter Druck. Mit einer Beschaffung der F-18 kann Washington nun entgegengekommen werden und ein deutscher Beitrag im Rahmen des Abschreckungskonzepts der NATO wird ebenfalls bruchfrei gesichert.

### Neue US-Atombomben und deutsche Trägersysteme

Die Planungen, die US-amerikanischen Atombomben zu modernisieren, gehen bereits über 10 Jahre zurück. Mittlerweile steht fest, dass auch die in Deutschland stationierten Atombomben durch einen neuen Typ mit der Bezeichnung B61-12 ersetzt werden sollen.<sup>39</sup> Die Produktion der B61-12 ist bereits angelaufen. Bis zum Jahr 2024 soll die Modernisierung abgeschlossen sein.<sup>40</sup> Sie haben eine Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren. Es ist aber unklar, wann die neuen Atombomben nach Büchel in Rheinland-Pfalz kommen sollen.

39– Zum Projekt B61-12 siehe O. Nassauer und G. Piper <https://bit.ly/2S7Mo7z>

40– US Department of Defense: Nuclear Posture Review 2018 <https://bit.ly/2CVkZBs>

Gegenüber den bisherigen Atombomben erhalten die B61-12 neue, spezielle Fähigkeiten (u.a. elektronisch gesteuertes Heckleitwerk, bunkerbrechendes Design). Diese erhöhen Genauigkeit, Schlagkraft und Einsatzoptionen. Die Bomben haben zudem eine variable Sprengkraft von 0,3 bis zu 50 Kilotonnen TNT-Äquivalent, maximal also das ca. 4-fache der Hiroshima-Bombe. Die neuen Qualitäten der B61-12 erlauben deutlich erweiterte Möglichkeiten eines Einsatzes. Gerade aufgrund der geringen Sprengkraft und der erhöhten Zielgenauigkeit ist zu befürchten, dass die Hemmschwelle eines Einsatzes im Falle einer Krise sinkt und die neuen B61-12 als eine Alternative zu konventionellen Bomben bzw. auch im Rahmen einer Einsatzstrategie „Eskalieren um zu Deeskalieren“ genutzt werden könnten. Die Gefahr, dass die Schwelle eines Atomkrieges überschritten wird, nimmt dadurch erheblich zu.

Das bisherige nukleare Trägersystem Tornado ist mangels fehlender Komponenten (insbesondere im Bereich der Steuerelemente) nicht in der Lage, die neuen Fähigkeiten der B61-12 nutzbar zu machen. Die nachzurüstenden (Steuer)Elemente wären aber nicht bzw. nur schwerlich mit den bisherigen Komponenten des Tornados kompatibel. Die B61-12 würde mit dem Tornado nur als ungesteuerte Freifallbombe funktionieren.

Die Beschaffung eines nuklearen Trägersystems stellt somit sicher,

dass auch die neuen Fähigkeiten der B61-12 vollständig genutzt werden können. Das militärische Potential wird durch die weiterentwickelten Bomben und den Kauf neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge erhöht. Mithin handelt es sich zusammengenommen um die größte qualitative nukleare Aufrüstung Deutschlands seit der Aufrüstung Anfang der 80er Jahre in Folge des NATO-Doppelbeschlusses.

### **Deutsche Ambitionen und Interessen an nuklearer Abrüstung**

Die nun bekannt gewordenen Beschaffungspläne, die insgesamt betrachtet eine nukleare Aufrüstung mit sich bringen, sind mit dem im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten und auch gesellschaftlichen Konsens, eine Politik zu verfolgen, die dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt dient und ein nukleares Wettrüsten in Europa vermeiden soll, nur mit großen argumentativen Verrenkungen machbar.

So wird zwar ein Abzug der Atomwaffen aus Deutschland im Koalitionsvertrag von der Voraussetzung „*erfolgreicher Abrüstungsgespräche*“ abhängig gemacht, doch daraus kann kaum ein Placet für den Kauf neuer atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge und die Stationierung von modernisierten Atomwaffen konstruiert werden.

Das Argument, das von manchen Beschaffungsbefürwortern bemüht wird, nuklearwaffenfähige Flugzeuge seien notwendig, um die deutsche Position bei künftigen Verhandlungen über eine nukleare Abrüstung zu stärken, ist dabei unsinnig. Vergleichbar wäre eine Entscheidung, noch neue Kohleleimer zu bauen, um während der Klimaverhandlungen über die notwendige Verhandlungsmasse zu verfügen. Zudem ist völlig unklar, inwiefern neue nukleare Trägersysteme bzw. die nukleare Teilhabe überhaupt als *bargaining chip* in Abrüstungsverhandlungen eingesetzt werden sollen. Nach der Auffassung vieler Experten sind die Waffensysteme der nuklearen Teilhabe militärisch obsolet und ohne eigene Bedeutung im Rahmen des Konzepts nuklearer Abschreckung. Eine abschreckende Wirkung dürfte von ihnen also kaum ausgehen und das Interesse Russlands an einem Abzug der in Europa verbliebenen Atomwaffen insofern auch gering sein. Vielmehr bietet die nukleare Teilhabe aber einen Vorwand, russische sub-strategische Atomwaffen unangetastet zu lassen. Ein Abbau dieser Arsenale ist jedoch im deutschen und europäischen Interesse. Die Beschaffung neuer Trägersysteme für die nukleare Teilhabe könnte nun aber dazu beitragen, den derzeitigen Zustand über Jahrzehnte unangetastet zu lassen.

Zumindest der Bundestag war, was den Abzug der verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland betrifft, zwischenzeitlich schon deutlich weiter. In einem fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss vom 26. März 2010 wurde die Bundesregierung aufgefordert, sich gegenüber den amerikanischen Verbündeten und innerhalb der NATO mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Gefordert wurden konkrete Schritte, um

die Rolle von Atomwaffen in der NATO-Strategie zurückzufahren und im Bereich der sub-strategischen Atomwaffen abzurüsten.

Doch das Gegenteil ist mittlerweile passiert: Die NATO bekräftigte 2017, nachdem 122 Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen hatten, ihr Credo, nach welchem die NATO ein nukleares Bündnis sein werde, solange es Atomwaffen gebe. Die sub-strategischen Atomwaffen wurden und werden qualitativ weiterentwickelt. Nunmehr fügen sich diese auch in eine veränderte Nuklearpolitik der NATO ein, nach welcher den in Europa stationierten US-Atombomben wieder eine eigenständige und stärkere Rolle im Rahmen des Abschreckungskonzepts der NATO zukommen soll. Dadurch wird die nukleare Einsatzschwelle wieder deutlich nach unten geschoben. Dies fügt sich nahtlos in das aktuelle Bild einer allgemeinen Aufrüstungsdynamik im Bereich nuklearer Waffen ein, welche die atomaren Arsenale praktisch aller Atomwaffenstaaten umfasst.

Zu starker Kritik aus den Bündnisstaaten führte auch der letzte Nuclear Posture Review, die 2018 vom US-Verteidigungsministerium herausgegeben wurde. Besonders im Fokus standen damals die Bestrebungen der USA, bei der nuklearen Abschreckung künftig wieder auf kleinere Atomsprengköpfe zu setzen, da diese einen nuklearen Schlagabtausch insgesamt wahrscheinlicher machen. In dem Dokument wurde u.a. auch die Einführung eines U-Boot-gestützten Systems mit Sprengköpfen geringerer Sprengkraft gefordert. Dieses wurde mittlerweile realisiert. Im Ernstfall sind diese Systeme auch ohne Mitbestimmung der NATO-Verbündeten einsetzbar.<sup>41</sup> Dies widerspricht den Interessen der Bündnisstaaten an weitgehender Mitbestimmung über die in Europa einsetzbaren nicht-strategischen Atomwaffen. Auch die zuletzt revidierte NATO-Nuklearpolitik ändert nichts an den dadurch verlorenen Einflussmöglichkeiten. Die verlorene Einflussmöglichkeit betrifft auch nicht nur einen vermeintlichen Einsatz dieser seegestützten Waffensysteme, sondern erstreckt sich auch auf einen Einfluss Deutschlands auf die USA diese – jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt – abzurüsten, denn sie unterliegen nicht den Absprachen im Bündnis.

41 – Hierzu Das Blättchen/O. Nassauer: Die Nukleare Teilhabe in der NATO – wird Europa ausgetrickst? <https://bit.ly/3dgRV3Z>

So ist daran anknüpfend auch die in den Raum gestellte Gefahr, dass Deutschland mit dem Verzicht auf neue nukleare Trägersysteme künftig aus den nuklearen Planungsgremien der NATO ausgeschlossen werden könnte, wenig stichhaltig. Es gibt Beispiele aus der Vergangenheit, die zeigen, dass ein vollständiger Abzug von Atomwaffen aus dem Hoheitsgebiet von NATO-Staaten, keinerlei Folgen in eine solche Richtung haben. Sowohl Kanada als auch Griechenland haben ihre (technische) nukleare Teilhabe beendet und haben ihre nuklearen Trägersysteme aufgegeben.<sup>42</sup> Beide Staaten nehmen aber gemeinsam mit den anderen NATO-Mitgliedsstaaten außer Frankreich an den Beratungen des Bündnisses über die nukleare Doktrin der NATO teil.

42 – ICAN: 60 Jahre nukleare Teilhabe <https://bit.ly/3f06j1N>

Die tatsächlichen Befürchtungen mögen vielmehr sein, dass Deutschland in den informellen Beratungsrunden – der Quad (bzw.

Quint), die sich aus den USA, Frankreich, Großbritannien sowie Deutschland (und Italien) zusammensetzen – an Gewicht und Einfluss verliert bzw. gar ausgeschlossen wird. In diesem Kreis wird die Position unter den größten NATO-Staaten vorabgestimmt. Ob aber mit einem Ende der nuklearen Teilhabe wirklich ein solcher Mitspracheverlust einhergeht, ist zwar ungewiss, aber tendenziell unwahrscheinlich, denn Deutschlands militärisches Gewicht innerhalb der NATO steigt. Die deutschen Ausgaben für die Streitkräfte könnten neuerdings gar, die USA einmal ausgeklammert, die höchsten aller NATO-Staaten sein – höher noch als die Ausgaben von Frankreich oder Großbritannien.<sup>43</sup>

43– taz: Deutschland prasst beim Militär <https://bit.ly/2W8TcTJ>

Die im NATO-Doppelbeschluss einst gefundene Übereinkunft, Aufrüstung nur in Verbindung mit Abrüstungsverhandlungen zu sehen, scheint passé. Während die Bundesregierung sich noch weiter bemüht gibt, die zweite Säule dieses Ansatzes aufrecht zu halten, erschöpft sich die Bemühung der NATO im Ausbau ihrer nuklearen Abschreckung. Substantielle und ernsthafte Vorschläge, wie die Verbündeten nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle gemeinsam voranbringen können, sind von der NATO seit Jahren nicht erkennbar. Das Bekenntnis der NATO zum vormaligen Konsens liegt mittlerweile allein darin, ein *commitment* für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu proklamieren. Konkrete Maßnahmen aber, die geschlossen von allen Bündnispartnern mitgetragen werden, sind praktisch nicht zu finden. Offensichtlich können sich die Stimmen im Bündnis, die für einen zweigleisigen Ansatz eintreten, nicht durchsetzen. Als kleinster gemeinsamer Nenner verbleibt so aber nur der Ausbau einer gemeinsamen (nuklearen) Abschreckung.

Folglich verlagert sich auch das Engagement für Abrüstung und Rüstungskontrolle der NATO-Mitgliedsstaaten in Freundes- bzw. ad-hoc-Gruppen. Darunter fällt beispielsweise die von Schweden, als Nicht-NATO-Staat, 2019 gestartete Stockholm-Initiative für nukleare Abrüstung, an der sich auch Deutschland und weitere 14 Staaten beteiligen.<sup>44</sup> Solchen Formaten mangelt es an einer erfolgsversprechenden Zusammensetzung bzw. an einer ambitionierten Agenda. Eine ad-hoc-Gruppe von europäischen Staaten, die gemeinsam mit Russland einen Dialog über nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa führen, gibt es derzeit nicht.

44 – Neben Deutschland auch vier weitere NATO-Mitgliedsstaaten: Kanada, Norwegen, Spanien und Niederlande.

Selbst wenn der parlamentarische Konsens von 2010 Vergangenheit scheint, lehnt die deutliche Mehrheit der Deutschen den Kauf neuer nuklearer Trägersysteme ab. Das zeigt eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag von ICAN aus dem letzten Jahr (April 2019). Dabei wurden mehr als 2.000 Personen zum Kauf neuer Kampffjets, die mit speziellen Fähigkeiten zum Abwurf der US-Atomwaffen ausgestattet sind, befragt. 61 Prozent der Befragten lehnten den Kauf ab, nur 18 Prozent befürworteten Ausgaben für atomwaffenfähige Kampffjets. Bei den Wählern aller Parteien gab es eine Mehrheit gegen eine Beschaffung.

Seit Jahren versucht die Bundesregierung, ein Bild Deutschlands zu zeichnen, das sich für Abrüstung einsetzt. Dieses Bild könnte nun

**ICAN Deutschland**  
**Oktober 2020**

**Tornado-Nachfolge**  
**Johannes Mikeska**

tiefe Risse bekommen. Mit der Entscheidung für eine Beschaffung neuer nuklearer Trägersysteme droht Deutschland in den nuklearen Rüstungswettlauf der Atomwaffenstaaten einzutreten. Es wäre ein verheerendes Signal für die internationalen Bemühungen um nukleare Abrüstung. Gerade im Bereich der multilateralen Abrüstungsinitiativen wird Deutschlands Rolle als Brückenbauer erschwert.

Eine Beschaffungsentscheidung in der jetzt bekannt gewordenen Form zu treffen, könnte aufgrund der langen Nutzungsdauer der neuen Kampfflugzeuge und der B61-12 im Ergebnis auch heißen, dass die nukleare Teilhabe für eine weitere Generation fortgeführt wird - ohne die dringend notwendige Debatte über die Zukunft der nuklearen Abrüstung und die Sinnhaftigkeit der nuklearen Teilhabe.